

6. Landesweiter Runder Tisch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle

am 4. September 2019

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und
Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz



Dokumentation

Programm

15.30 Uhr	Begrüßung Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder Landesbeauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle
15.40 Uhr	Erläuterungen zur Präsentation der Maßnahmen, Austausch und Fortschreibung des Landesaktionsplans
15.50 Uhr	Präsentation der Maßnahmen und Austausch zu folgenden Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none">• Bilanz ziehen: wo stehen wir, wo gibt es Lücken und Hürden?• Zukunft gestalten: was ist uns wichtig, wo wollen wir hin?• Erreichtes würdigen: was ist uns bereits gelungen?
18.00 Uhr	Ende der Veranstaltung

Moderation: Ulrike Pingel, Claudia Vortmann, comvort

Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder

„Sehr geehrte Queer-Aktive von QueerNet Rheinland-Pfalz e. V., dgti e. V. und Intersexuelle Menschen e. V.,

sehr geehrte Vertretungen der Ressorts,

sehr geehrte Teilnehmende,

ganz herzlich begrüße ich Sie zum diesjährigen Landesweiten Runden Tisch im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“. Ich freue mich, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind.

Wir befinden uns 2019 in der Halbzeit der Legislaturperiode. Das ist ein guter Zeitpunkt, um zurückzuschauen auf das, was wir bisher erreicht haben, und nach vorne zu blicken auf das, was wir uns bis Ende dieser Legislaturperiode vorgenommen haben und darüber hinaus geschehen sollte.

Wir haben die Queer-Gruppen und Ressorts im Vorfeld des heutigen Treffens daher gebeten, uns den Stand der Umsetzung ihrer Maßnahmen mitzuteilen. Und wir haben gefragt, welche Maßnahmen Sie zukünftig für sinnvoll erachten.

Ziel des heutigen Treffens ist es, die Abfrageergebnisse zu beleuchten, uns auszutauschen und auf diese Weise den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gemeinsam fortzuschreiben. Die Ergebnisse des Austauschs werden in

den Bericht „Fortschreibung des Landesaktionsplans `Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen` 2016 - 2020“ einfließen.

Wie der Austausch heute ganz praktisch umgesetzt wird, wird Ihnen Frau Vortmann gleich erläutern. Da wir uns mit dieser Fortschreibung einiges vorgenommen haben, möchte ich mich an dieser Stelle kurzfassen. Eines liegt mir jedoch am Herzen: Diskriminierung bekämpfen, Menschenrechte durchsetzen, die vollständige rechtliche Gleichstellung erreichen und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und intergeschlechtlichen Menschen fördern – diese Ziele des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ haben wir noch lange nicht erreicht, das wissen alle hier im Raum.

Dennoch ist es uns in vielen Gesprächen und Maßnahmen gelungen, diesen Zielen in den letzten Jahren ein gutes Stück näher zu kommen – auch das wird heute deutlich werden. Ich bin stolz darauf, dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich nicht überall, aber doch in vielen Bereichen weit vorne steht.

Daher ist es mir wichtig, Ihnen als Queer-Aktive, Koordinierende in den Ressorts und am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ Interessierte für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung zu danken. Denn Ihr Engagement und die Zusammenarbeit aller Beteiligten sind Weg und Schlüssel zum Erfolg. Ihnen allen daher ein herzliches Dankschön.“

Christiane Rohleder

Bilanz und Zukunftsperspektiven – Ergebnisse des Austauschs

Vorbemerkung

Der Austausch zwischen den Teilnehmenden am Landesweiten Runden Tisch LSBTI fand auf Grundlage der im Vorfeld von den Ressorts der Landesregierung und den beteiligten queeren Initiativen und Vereinen gemeldeten Maßnahmen unter dem Dach des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ statt.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Landesaktionsplans wurden seine Inhaltskategorien neu gegliedert. In der Vergangenheit orientierten sich die inhaltlichen Zuordnungen wesentlich an den thematischen Zuständigkeiten der Ressorts. Um mehr Transparenz zu schaffen, die Dynamik des Prozesses zu unterstreichen und den Aufforderungscharakter der gesteckten Ziele zu betonen, wurden die Maßnahmen nunmehr drei Leitzielen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zugeordnet:

- Akzeptanz fördern,
- Teilhabe gewährleisten,
- Community empowern.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden diese Leitziele in Wirkungsfelder unterteilt. Durch diese Neuordnung wird auf den ersten Blick deutlich, was mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ erreicht werden soll, wer angesprochen ist und welche Aktivitäten unternommen werden.

NEUSTRUKTURIERUNG: VON HANDLUNGSFELDERN...

- Handlungsfeld Arbeitswelt
 - Bereich Öffentlicher Dienst
 - Bereich Privatwirtschaft
- Handlungsfeld Rechtspolitik und Polizei
- Handlungsfeld Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Handlungsfeld Gesundheit, Alter und Pflege
- Handlungsfeld Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation
- Handlungsfeld Gesellschaft und Gedenkkultur
- Handlungsfeld Sport
- Handlungsfeld Familie, Kinder und Jugend

... ZU LEIT- UND HANDLUNGSZIELEN

Akzeptanz fördern
Übergreifende Maßnahmen
Forschung zu queerer Geschichte und queeren Leben fördern
Demokratiebildung stärken
Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren
Öffentlichkeit informieren
Teilhabe gewährleisten
Regelinstanzen öffnen
Vielfalt im Sport fördern
LSBTI-Belange in Medizin und Pflege berücksichtigen
Rechtliche Gleichstellung voranbringen
Bei Diskriminierung und Gewalt helfen
Geschlechtergerechte Sprache etablieren
Vielfalt in der Landesregierung fördern
Vielfalt in der Arbeitswelt erhöhen und Arbeitnehmer*innen vor Diskriminierung schützen
LSBTI-Geflüchtete schützen
Community empowern
Selbstverwaltungsstrukturen ausbauen
Peer-Beratung ausweiten
Vernetzung und Selbstwirksamkeit stärken
Beteiligung erhöhen

Die vorliegende Dokumentation gibt die wesentlichen Diskussionsbeiträge der Teilnehmenden während des Landesweiten Runden Tisches LSBTI wieder. Einzelne Anmerkungen wurden durch die Darstellung von Entwicklungen ergänzt, die sich nach dem Treffen ergeben haben.

Leitziel „Akzeptanz fördern“

Trotz der großen Fortschritte bei der gesellschaftlichen Anerkennung sind Homosexuellen-, Bisexuellen-, Trans*- und Inter*feindlichkeit nach wie vor in allen Lebensbereichen gegenwärtig. Die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen stellt daher eines der drei Leitziele im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ dar.

Aufklärung und Information sind notwendig, um Ausgrenzung und Aggressionen zu begegnen. Dies beginnt bei der Erforschung und Sichtbarmachung der Geschichte von Verfolgung von LSBTI und setzt sich fort in Maßnahmen zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung für die breite Öffentlichkeit wie auch für einzelne Zielgruppen. Um die Berücksichtigung der Belange von LSBTI in allen Lebensbereichen gleichermaßen voranzubringen, werden Vertreter*innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Organisationen informiert und einbezogen. Alle Aktivitäten werden begleitet von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die Aufmerksamkeit für die Lebenssituationen von LSBTI schafft, für ihre Gleichstellung wirbt und Wissen verbreitet.

Die Teilnehmenden diskutierten folgende Maßnahmen:

- **Aufarbeitung der Verfolgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz 1946 bis 1973**
Ergänzend zu dem Forschungsbericht zur Aufarbeitung der Verfolgung von Homosexualität in Rheinland-Pfalz und der Ausstellung „Verschweigen Verurteilen“ wird derzeit ein Forschungsauftrag durch das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin durchgeführt, der die Diskriminierung von lesbischen Frauen und den drohenden Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bei einer Ehescheidung untersucht.
- **Wanderausstellung „Nanu? Die anderen Pfälzer_innen – Zur Geschichte von Lesben, Schwulen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in der Pfalz“**
Durch die Förderung des Forschungsprojekts der Stadt Zweibrücken in Zusammenarbeit mit dem Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde unterstützt die Landesregierung die regionale historische Aufarbeitung der Geschichte von

sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Pfalz, die neben Lesben und Schwulen ausdrücklich auch bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen einbezieht.

- **Gedenk-Steile zur Erinnerung an die Verfolgung und Diskriminierung von LSBTI**

Der Mainzer Stadtrat hat beschlossen, an die Opfer von Verfolgung und Diskriminierung in der Zeit des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit mittels einer Gedenk-Steile zu erinnern. Hierbei sollen alle Queer-Gruppen berücksichtigt werden. Der Text der Steile befindet sich in der Erstellungsphase.

- **Bildungsprojekt Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung - SCHLAU**

Die Anfragen von Schulen zum Schulaufklärungsprojekt SCHLAU sind laut Vertreter*innen des Projekts insgesamt stark gestiegen. Deshalb sei eine landesweite Koordinierungsstelle notwendig, um allen Anfragen gerecht zu werden.

- **Öffentlichkeitsarbeit zu „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“**

Es wird seitens der NGOs eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit gewünscht. Vonseiten des Ministeriums ist in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. derzeit das Plakat „Familienvielfalt“ mit einer Postkartenserie in Vorbereitung, die die Akzeptanz unterschiedlicher Familienformen, unter anderem Regenbogenfamilien, aufgreift und landesweit fördern soll. Die Ausstellung „Verschweigen – Verurteilen“ zur Verfolgung der Homosexualität ist zudem sehr gut angenommen worden und in ganz Rheinland-Pfalz an unterschiedlichsten Orten zu sehen. Die Ausstellung ist nach wie vor „on tour“ und wird unter anderem Anfang 2020 im Abgeordnetenhaus des rheinland-pfälzischen Landtags öffentlichkeitswirksam auf das Thema aufmerksam machen.

- **Sensibilisierung der Kommunalverwaltungen**

NGO-Vertreter*innen erachten es für notwendig, dass – über die Stadt Mainz hinaus – kommunale Ansprechpartner*innen für LSBTI in den Kommunen eingesetzt werden. Dazu sollten Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden geführt werden.

- **Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sensibilisieren**

Die Teilnehmenden diskutieren darüber, wie Gespräche mit Akteur*innen bewertet werden und wann „Sensibilisierungsgespräche“ als umgesetzt oder abgeschlossen gelten können. Diese Aktivitäten werden sowohl von den Vertreter*innen der Landesregierung als auch seitens der NGOs als Daueraufgabe begriffen. Einig sind sich die Landesregierung und die NGOs darin, dass die Gespräche kontinuierlich weitergeführt werden. Die Landesregierung bittet darum, auch regelhaft über Gespräche von Queer-Organisationen informiert zu werden, damit ein gleicher Wissensstand vorhanden ist.

- **Regeleinrichtungen öffnen – Vorschläge zum Thema Regenbogenfamilien**

NGO-Vertreter*innen regen an, den Aktionstag „International family equality day“ in Schulen zu nutzen, um das Bewusstsein für die Vielfalt von Familien zu schärfen. Außerdem wird auf eine Informationsbroschüre für Kitas der Stadt München aufmerksam gemacht und für die Berücksichtigung der Empfehlungen der Initiative The Global Alliance for LGBT Education GALE geworben, die in der Broschüre [„Visibility without being in the spotlight“](#) veröffentlicht worden sind.

Leitziel „Teilhabe gewährleisten“

LSBTI haben einen Anspruch darauf, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse in Einrichtungen und Institutionen Berücksichtigung finden. Allen Menschen gleiche Teilhabechancen zu ermöglichen, ist nicht nur eine Frage einer adäquaten Gestaltung der Daseinsvorsorge, sondern gleichzeitig ein entscheidender Ansatzpunkt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft. Die Maßnahmen im Leitziel „Teilhabe gewährleisten“ sind in allen Lebensbereichen angesiedelt, reichen von der Geburt bis ins Alter und bestehen aus Fortbildungen für Fachkräfte bis hin zu strukturellen Veränderungen, wie beispielsweise der Ergänzung schulischer Lehrpläne um das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Während des Landesweiten Runden Tisches LSBTI wurden folgende Maßnahmen besprochen:

- **Ausbildung von Fachkräften**

NGO-Akteur*innen würdigen die Implementierung von Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in die Ausbildung von Lehrkräften, bemängeln jedoch eine fehlende Verpflichtung zum Besuch entsprechender Lehrveranstaltungen. Auch für andere Berufsgruppen, wie beispielweise Pflegekräfte und Polizeibeamt*innen, werden verpflichtende Ausbildungsmodule angeregt. NGO-Vertreter*innen weisen zudem darauf hin, dass AGG-Fragestellungen in der Ausbildereignungsprüfung kaum bzw. gar nicht zur Anwendung kämen. Eine entsprechende Sensibilisierung der Kammern sei daher notwendig.

Erläuterungen zum Anliegen: Die Landesregierung weist in diesem Zusammenhang auf die Revision des Curriculums der Hochschule der Polizei hin, in deren Umsetzung in Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen (Netzwerk Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz) die soziale Vielfalt in der Bevölkerung und in der Polizei noch stärker in den Blick genommen wurde. Neben der Beachtung in rechtlichen oder ethischen Zusammenhängen setzen sich die Student*innen seitdem in einer spezifischen fächerübergreifenden Lehrveranstaltung „Professioneller Umgang mit Vielfalt“ mit möglichen Benachteiligungen und nichtdiskriminierendem polizeilichem Umgang mit Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Behinderung, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung auseinander.

- **Unterstützung der Schulen im Umgang mit trans* und inter* Schüler*innen**

Hierzu gibt es Aktivitäten mehrerer Akteur*innen. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) haben eine Leitlinie für die rheinland-pfälzischen Schulen erarbeitet. Die dgti e.V. hat gegenüber dem Bildungsministerium die Erstellung einer Informationsbroschüre für Schulen angeregt. Beide Initiativen haben zum Ziel, Schulen mehr Sicherheit beispielsweise bei Fragen zu Zeugnisausstellungen nach erfolgtem Namenswechsel, Toilettennutzung von Trans- und Inter-Schüler*innen oder Namenswechsel im Klassenbuch zu vermitteln.

Ergänzung zum Anliegen: Es wird *eine* Handreichung für Schulen unter Federführung des Bildungsministeriums in Zusammenarbeit mit den Queer-Gruppen und dem

Referat Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität des MFFJIV erstellt, in die die geleisteten Vorarbeiten einfließen werden.

- **Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in behördlichen Dokumenten, Formularen, Stellenausschreibungen und Verordnungen berücksichtigen**

Die NGO-Vertreter*innen geben verschiedene Hinweise auf nach wie vor diskriminierende Formulierungen in Formulare von Behörden, Institutionen und Unternehmen. Als positives Beispiel wird ein Formular zur Schuleingangsuntersuchung einer Kommune genannt, in dem nicht mehr nach Vater und Mutter gefragt wird, sondern nach Elternteil 1 und Elternteil 2.

Vertretungen von Trans* und Inter*-Initiativen bemängeln, dass bei der Überarbeitung von Formularen und Stellenanzeigen häufig eine Betroffenen-Perspektive fehle, da die Queer-Initiativen nicht eingebunden seien. So bestehe beispielsweise bei Kammern und Arbeitgeberverbänden offensichtlich Unsicherheit über die Verwendung von „m, w, d“ in Stellenausschreibungen. Es sollten vier Auswahlmöglichkeiten angeboten werden, m, w, d und k.A.

Als Beispiel für eine Verordnung, die Diskriminierung weiterhin festschreibe, wird die Gaststättenverordnung genannt. Nach dieser müssten für Männer und Frauen getrennte und gekennzeichnete Toiletten vorhanden sein, geschlechtsneutrale Toiletten werden dagegen nicht vorgeschrieben.

Nach erfolgter Namensänderung von Trans-Eltern sollten die Geburtsurkunden ihrer Kinder im Hinblick auf die Angabe zu „Vater“ und „Mutter“ geändert werden können. Aktuell zwingt die „Aktenwahrheit“ Trans*-Eltern zu permanentem Outing. Es wird in Frage gestellt, ob dies mit dem Schutz des Kindeswohls vereinbar sei.

- **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paaren in den verschiedenen Rechtsbereichen**

Trotz der erreichten Fortschritte in der rechtlichen Gleichstellung bestehe laut NGO-Vertreter*innen Handlungsbedarf im Abstammungsrecht hinsichtlich lesbischer Paare. So sei der Begriff „Mit-Mutter“ nicht akzeptabel. Für private Samenspendern fehlten zudem Regelungen zur rechtlichen Absicherung aller Beteiligten.

- **Schutz vor Diskriminierung, insbesondere im Arbeitsleben**

Das AGG klammere große Bereiche der Arbeitswelt und ganze Beschäftigtengruppen vom Diskriminierungsschutz aus, so beispielsweise Beamt*innen. Auf Landesebene solle daher, so der Wunsch von Vertretungen der Queer-Gruppen, Abhilfe mittels eines Landesantidiskriminierungsgesetzes geschaffen werden.

Erläuterungen zu dem Anliegen: Der Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsleben ist abschließend vom Bund im AGG geregelt worden, auch für Beamt*innen (§ 24 AGG). Nach der Föderalismusreform II – zeitlich nach Verabschiedung des AGG – gilt die Schutzregelung im öffentlichen Dienstrecht auf Landesebene fort. Die Diskriminierungsschutzregelungen im Bereich Arbeit und Zugang fallen in die alleinige Gesetzgebungskompetenz des Bundes und können daher auch nicht durch Landesgesetze erweitert werden. Die Lücken des Diskriminierungsschutzes durch das AGG, die durch Landesgesetz geschlossen werden könnten, betreffen demgegenüber insbesondere das öffentlich-rechtliche Handeln von Landesbediensteten und Landesbeamt*innen gegenüber den Bürger*innen.

- **LSBTI im Alter**

LSBTI möchten sich auch im Alter ihren Bedürfnissen entsprechend begleitet und betreut wissen. Dies macht die Frage der Berücksichtigung von LSBTI in Altenpflegeeinrichtungen virulent, deren Pflegekräfte entsprechend aus- und fortgebildet sein sollten. LSBTI-Vertreter*innen äußern den Wunsch nach der Einführung von Pflichtmodulen in der Aus- und Fortbildung von Altenpflegekräften. In diesem Zusammenhang wird auf die Broschüre „Spätlese“ des Sozialministeriums für Senior*innen hingewiesen und die Idee geäußert, Pflegekonferenzen in Kommunen als mögliche Kooperations- und Verbreitungskanäle zu nutzen.

Ergänzung zum Anliegen: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Oktober 2019 folgendes Vorhaben veröffentlicht:

„Entwicklung von Vorschlägen für die curriculare Fortentwicklung der Ausbildungs- und Studiengänge von Sozial- und Gesundheitsberufen zur Integration von Trans- und Intergeschlechtlichkeit in die Bildungslehrpläne

Mit Hilfe des von der Universität Merseburg durchgeführten Projektes soll recherchiert werden, inwiefern die geschlechtliche Selbstbestimmung hinsichtlich Trans- und

Intergeschlechtlichkeit in der inhaltlichen Ausgestaltung der gesundheitlichen, medizinischen, psychologischen, sozialen und pädagogischen Ausbildungen und Studiengänge verankert ist. Bei der Analyse wird auch überprüft, inwiefern sich der aktuelle wissenschaftliche Sachstand in den Themenfeldern Inter* und Trans* aus den Bereichen Medizin, Recht und Psychologie in den Curricula der Ausbildungen und Studiengänge widerspiegelt. Basierend auf dem Ergebnis dieser Sichtung bzw. Analyse sollen Einbindungsvorschläge für Trans*/Inter* Themen für die Curricula der entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen entwickelt werden.“

- **Grundschulkoffer**

Das Modell eines Grundschulkoffers, das nach dem Vorbild des seit Jahren erfolgreich eingesetzten Kita-Koffers „Familien- und Lebensvielfalt“ entwickelt wurde, altersgerechte Materialien zu sexueller und geschlechtlicher Identität enthält und an Grundschulen verliehen werden soll, wird seitens der Queer-Gruppen ausdrücklich gelobt. Dem Wunsch nach einem raschen flächendeckenden Einsatz des Koffers an rheinland-pfälzischen Grundschulen wird Ausdruck verliehen.

- **LSBTI als Thema auf Kinder- und Jugendhilfetagungen**

NGO-Vertreter*innen merken an, dass sie nicht in eine landesweite Kinder- und Jugendhilfetagung eingebunden worden seien. Das Thema solle auf zukünftigen Tagungen berücksichtigt und LSBTI-Vertretende einbezogen werden.

Die Landesregierung sagt zu, dies – wie bisher schon – dann zu berücksichtigen, wenn LSBTI relevante Themen dabei erörtert werden.

- **Schwerpunkt „Migrationshintergrund“ im Projekt Familienvielfalt**

Bei Migrantenorganisationen sei das Thema LSBTI häufig noch ein „blinder Fleck“. Vertretungen der Queer-Gruppen wollen hierzu ein Gespräch mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung führen.

- **Bearbeitung von Fällen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)**

Das Gesetz über die Entschädigung von Opfern von Gewalttaten beinhaltet körperliche, aber keine psychische Gewalt.

Leitziel „Community empowern“

Ziel ist die Selbstbestimmung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*sexuellen und die freie Wahl ihrer Lebensform. LSBTI-Vereine und -Initiativen leisten eine essentielle und unverzichtbare Unterstützung für dementsprechende gesellschaftliche und individuelle Emanzipationsprozesse. Als Interessensvertretungen nehmen sie Partizipationsmöglichkeiten wahr, zeigen Mängel auf und fordern Verbesserungen. Gleichzeitig bieten sie Raum für die persönliche Weiterentwicklung und individuelle Selbstvergewisserung und fördern zivilgesellschaftliches Engagement. Im dritten Leitziel „Community empowern“ werden Maßnahmen gebündelt, die die Unterstützung und Förderung dieser Emanzipationsprozesse zum Inhalt haben.

Folgende Maßnahmen wurden beim Landesweiten Runden Tisch LSBTI diskutiert:

- **Förderung der ehrenamtlichen Strukturen**

Die finanziellen Ressourcen für Aktivitäten der Queer-Gruppen werden von einem Vertreter der NRO als nicht ausreichend bewertet, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern.

- **Koordinierungsstelle zur Vernetzung der Aktivitäten der Jugendgruppen**

NGO-Vertreter*innen unterstreichen, den Bedarf an einer Koordinierungsstelle zur Vernetzung der Aktivitäten der LSBTI-Jugendgruppen in Rheinland-Pfalz nicht nur zur Bündelung der Aktivitäten im Land, sondern auch als zentrale Anlaufstelle für Jugendliche. Wünschenswert seien Vernetzungsangebote und (außerschulische) Angebote für Kinder- und Jugendliche aus Regenbogenfamilien.

- **Umgang mit Namensänderungen von Trans*Personen**

Vertretungen der dgti e.V. berichten von Erfahrungen mit Banken im Zusammenhang mit Namensänderungen. Ein Urteil des Bundesgerichtshofs zur Änderung von Einträgen im Grundbuch wird als vorbildlich auch für andere behördliche Eintragungen hervorgehoben, wie beispielsweise für Eintragungen in das Handelsregister. Gemäß des BGH-Urteils kann nach einer Namensänderung ein neues Grundbuchblatt

beantragt werden; das alte wird geschlossen. Auf diesem ist der Grund für die Schließung vermerkt, auf dem neuen Blatt stehen lediglich die aktuellen Daten. Eine Einsichtnahme in das erste Grundbuchblatt ist nur aus besonderen Gründen des öffentlichen Interesses nach § 5 Abs. 1 TSG gerechtfertigt. Insgesamt herrsche noch viel Unsicherheit in der Umsetzung von Rechtsansprüchen bei Namensänderung.

- **Fortbildungsprojekt „Trans* für Pädagog*innen und Erzieher*innen**

Vertretungen der dgti e.V. wünschen sich eine bessere Bekanntmachung ihrer Angebote in Rheinland-Pfalz, gegebenenfalls durch eine Verbreitung der Informationen über Verteiler von Landeseinrichtungen.

Ergänzung zum Anliegen: Die Angebote von dgti e.V. werden – weiterhin – auf der Homepage „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ unter „Externe Angebote“ bekanntgemacht. Dem Pädagogischen Landesinstitut und dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung sind die Angebote der dgti bekannt und werden dort beworben.

- **Netzwerk Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz**

Eine Vertretung der dgti e.V. merkt an, dass ihrem Wunsch nach Beteiligung im Netzwerk „Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ der Nichtregierungsorganisationen bislang nicht entsprochen worden sei.

- **Gremienbeteiligung von LSBTI**

Es wird der Wunsch geäußert, dass auch Trans*- und Inter*Personen bei der Besetzung von Rundfunk- und Fernsehräten berücksichtigt werden mögen.

Bewertung künftiger Prioritäten

Die Teilnehmenden waren im Anschluss an die Diskussion eingeladen, ihre Einschätzung darüber dazu abzugeben, welche Handlungsbereiche künftig eine besondere Aufmerksamkeit erhalten sollten. Das Ergebnis der Priorisierung zeigte eine Schwerpunktsetzung auf dem Leitziel „Teilhabe gewährleisten“. Ein besonderer Bedarf wurde in der Öffnung von Regeleinrichtungen – und hier insbesondere der Schule – gesehen. Im Leitziel „Akzeptanz fördern“ legten die Teilnehmenden ihre Prioritäten auf die Handlungsziele „Demokratiebildung stärken“ und „Öffentlichkeit informieren“. Ebenfalls als wichtig eingestuft wurden die Handlungsziele „Geschlechtergerechte Sprache etablieren“ und „Vielfalt im Sport fördern“.

Claudia Vortmann

„Ich begleite den Prozess der Entwicklung, der Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ nun seit sieben Jahren. In meiner Eigenschaft als wissenschaftliche Begleitung ist es in der Regel nicht meine Aufgabe, einzelne Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Ich unterstütze das Referat für Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität unter anderem bei seiner Aufgabe der Koordination des gesamten Prozesses. In diesem Rahmen habe ich auch zur Vorbereitung für den heutigen Tag die von Ihnen allen zurückgemeldeten Maßnahmen und deren Umsetzungsstand in einem Gesamtbericht zusammengefasst und die Übersicht erstellt, die Ihnen mit der Einladung zugegangen ist.

Ich hatte also bereits vor Ihnen die Gelegenheit, mir einen Überblick darüber zu verschaffen, was von Ihnen allen in der letzten Zeit – heute eingeschlossen – geleistet worden ist. Und das ist mehr als beachtlich. Oft passiert es ja, dass man im Klein-Klein des Alltags, zwischen Förderanträgen, Sachberichten, Vermerken, großen und kleinen Anfragen und allem, was sonst so zu tun ist, den Blick für das „große Ganze“ verliert. Deshalb möchte ich Sie nun einladen, sich die letzten paar Minuten zurückzulehnen – und die Früchte Ihrer Arbeit zu ernten, zumindest virtuell.

Insgesamt finden sich 185 Maßnahmen in der Übersicht; seit dem Versand an Sie sind noch ein paar dazu gekommen, und es ist sicherlich noch keine vollständige Auflistung. Diese Maßnahmen haben wir nun in 23 Wirkungsfelder unter den drei Zielen „Akzeptanz fördern“, „Teilhabe gewährleisten“ und „Community empowern“ gegliedert. Wir haben ja in den letzten zwei Stunden schon gesehen, dass die Maßnahmen, die darunter versammelt sind, in alle lebensweltlichen Bereiche hineinwirken und alle relevanten Themen bearbeitet, die einem Menschen auf seinem Lebensweg – von der Geburt bis zum Alter – begegnen.

Von den 185 Maßnahmen sind 125 bereits umgesetzt. Ein Teil davon sind einmalige Maßnahmen und abgeschlossen, ein anderer Teil sind Daueraufgaben und werden auch in Zukunft fortgeführt (89).

Seit dem letzten Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans im Jahr 2015 sind 89 neue Maßnahmen hinzugekommen. Zusätzlich stehen weitere 20 Maßnahmen auf der Agenda, die bereits geplant sind oder zukünftig angegangen werden sollen. Hinzu kommen noch die Maßnahmen, die sich möglicherweise aus den Anregungen von heute und im Laufe des weiteren Prozesses als sinnvoll und notwendig ergeben.

Verantwortlich für die Maßnahmen zeichnen die Ressorts der Landesregierung und die beteiligten NGO's, aktuell elf an der Zahl. Noch nicht mitgezählt sind dabei die engen Kooperationspartner der Landesregierung wie die Landeszentrale für Gesundheitsförderung e.V., die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Institut für Medien und Pädagogik e.V. und das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Überhaupt lassen sich die an der Gestaltung und Umsetzung des Aktionsplans aktiv beteiligten Menschen und Organisationen nicht zählen. Die Organisationen sind in allen Bereichen der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand verortet, darunter Schulen, Beratungsstellen, Kindertagesstätten, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Kliniken, Bildungseinrichtungen, Sportvereine, Arbeitgeber, Polizei, Medien, politische Bildung. Und die Menschen arbeiten in unterschiedlichsten Berufsfeldern, Funktionen und Positionen, beispielsweise als Hebammen, Ärzt*innen, Pflegekräfte, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Beratungsfachkräfte, Polizist*innen.

Dies alles sind beeindruckende Zahlen – doch noch wichtiger ist, was hinter diesen Zahlen steht. Jede einzelne Maßnahme, die Sie umsetzen, trägt zu einer Veränderung bei, zu einer Veränderung hin zu mehr Offenheit von Einrichtungen und Institutionen, größerer Akzeptanz bei einzelnen Menschen und mehr Selbstverständlichkeit im Umgang mit LSBTI.

Ich weiß gar nicht, wie viele Hochzeiten von gleichgeschlechtlichen Paaren alleine in meinem Freundinnen- und Bekanntenkreis stattgefunden haben, seit es die Ehe für alle

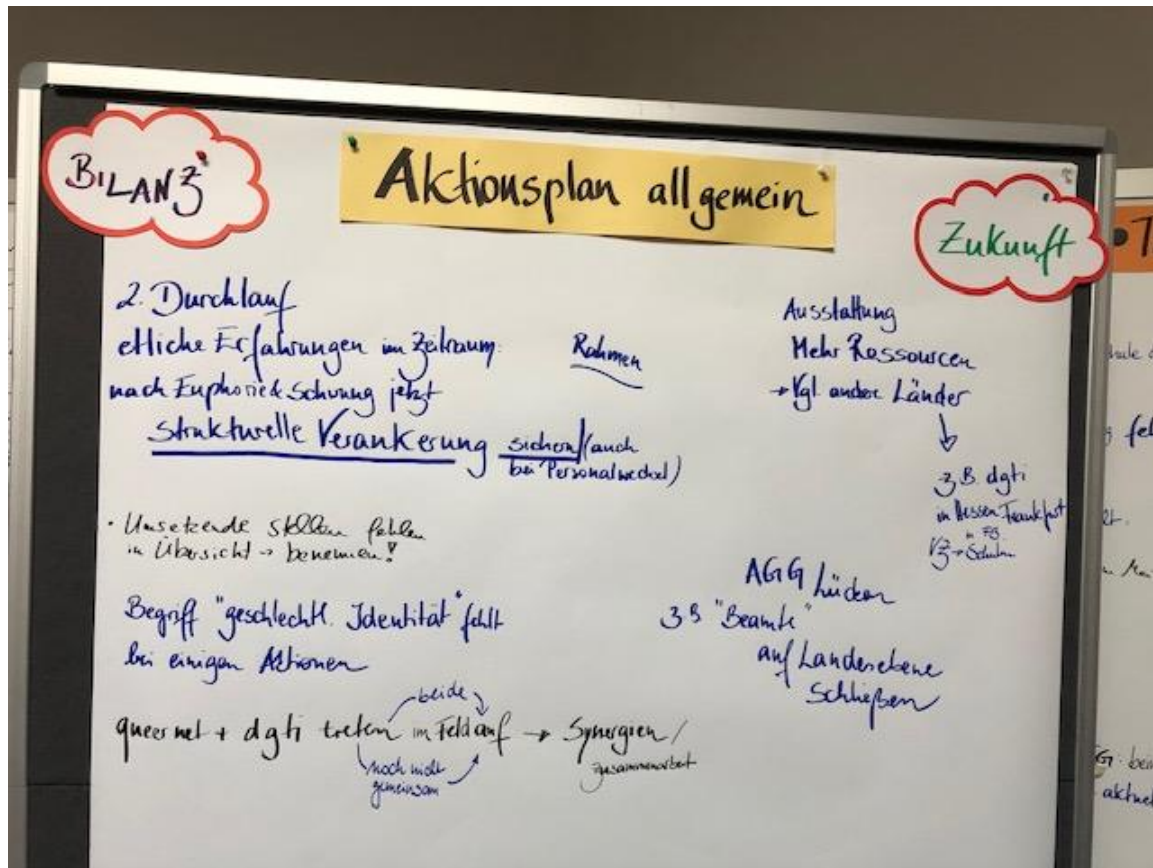
gibt – zu der Rheinland-Pfalz durch die Bundesratsinitiativen und den Gesetzentwurf einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hat. Ein befreundetes Frauenpaar berichtete mir vor einiger Zeit hocheifrig, dass die Kita ihrer Tochter mit dem Kita-Koffer arbeite. Der Trans*Sohn meiner Mitbewohnerin hat in der Peer-Beratung Rat und Beistand bei seiner Transition gefunden, was mit dazu beigetragen hat, dass er mittlerweile ganz selbstverständlich und allgemein akzeptiert sein Leben als Mann lebt.

Das sind nur drei Beispiele aus meinem persönlichen Umfeld, die zeigen, dass die Maßnahmen, über die wir heute gesprochen haben, für viele Menschen lebensverändernd sind – im positiven Sinne. Ob es darum geht, dass Fachkräfte in Beratungseinrichtungen, der Medizin und Pflege und an vielen anderen Orten Wissen und damit mehr Sicherheit für ihren beruflichen Alltag bekommen oder darum, dass unsere Sprech- und Schreibweise nicht mehr Teile der Menschheit ausgrenzt, oder darum, dass in den Schulen die gesellschaftliche Vielfalt nicht nur in den Schulbänken sitzt, sondern sich auch in Unterricht und Lehrbücher spiegelt – all dies ist bedeutsam.

Sicher sind die Mühen der Ebene mitunter groß und es ist anstrengend, schon wieder einen Bericht schreiben zu müssen, sich in zähen Aushandlungsprozessen auf Kompromisse zu einigen oder ständig um Ressourcen zu kämpfen. Aber seien Sie gewiss: Mit all diesen und jedem einzelnen Ihrer Beiträge im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ tragen Sie dazu bei, dass unsere Gesellschaft ein bisschen besser, gerechter und lebenswerter wird.

Wir haben gemeinsam und mit jedem einzelnen Beitrag viel erreicht, aber wir sind noch auf dem Weg. Bitte bleiben Sie dran und betätigen Sie sich als fleißige Gärtner*innen, damit unser gemeinsamer Acker gut bestellt ist und weiterhin viele Früchte hervorbringt.“

Anhang: Fotodokumentation



• Teilhabe gewährleisten

verpflichtende Ausbildungsmodule in allen
Berufen (Pflege, Polizei...)

Akzeptanz fördern

A17 Schlaue ausbauen

ÖA generell stärken, durchgehende Kampagne

Landesweite Tagungen Kinder- u. Jugendhilfe: Thema nicht grundsätzlich verboten

BILANZ

T19 abgeschlossen 2/4

Landesweite
Tagung KJH
→ Rücklog
LSBTIQ
gemeint!!!

A12 Leiter Jung
& Minderjahr
(KJH Rücklog)
Anfragen sind
gestiegen

A3 + AM

transident + intersexuelle
Offre im Verfügung
sind nicht berücksichtigt

auf Grundlage
eines Landtagsprojekts (Forschung/Study)
36r Leben und Schule

identifizieren
§ 175

↳ 1990er
Jahre
↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

"ist ja mit gemeint"
genau nicht!

§ 360, 11.2

→ Förderung
Anpassung Verfügung
Tages- und Kleidung

ZUKUNFT

Ausgangspunkt
Brochüren

Regenbogenfamilien für KiTAs (Good Practice)
für Grundschulkinder GALE

Aktivitäten: international family equality day

A14 Kooperationsstelle
kollektiv, um allen Anträgen gerecht zu werden

Akzeptanz fördern

"Sensibilisierungsgespräche"
3.3 A22 was heißt abgeschlossen?
Wie geht's
weiter?
Nachhaltigkeit

= Daueraufgabe

"gesprächsfaden halten"
30 Jahre
inhaltsorientiert?
↳ How kommt das raus?
Resonanz?

124
↳ KONGRESS → Landesversammlung
↳ gibt Rückmeldung

A18 → Ausgewählte LSBTIQ in anderen Städten/Kommunen
M.R.P. führen → Spitzenverbände!

"Stelle" in Mainz bearbeitet, alle Steuergruppen
zu berücksichtigen

Stadt

↳ LSBTIQ

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

identifizieren

§ 175

↳ 1990er
Jahre

↳ 1990er
Jahre

→ Formungsprozesse
bezugsperson / histor.

Teilhabe gewährleisten

BILANZ

Vorpflichtende Ausbildungsmodulare z.B. Hochschule der Polizei noch vorhanden

T19 - Konzept Schule Implementierung: Vorpflichtung fehlt! - Erwartung als abgeschlossen nicht umgesetzt

T9 + T80 Postwar spf (3) Barriere & Querweg → fehlt
 CSBT Barriere als explizites Thema auf Tagung in An (Jugend)

Einbezug von betroffenen Personen
 fehlt bei Übermittlung von Formulare
 Miten, Stimmen
 über Köpfe von Betroffenen hinweg

AGG-Fragen in Ausbildungsprüfung
 kommen nicht / kann zur Anwendung

Zukunft

T17 - blinder Fleck
 Menschen mit Neurodivergenz
 T67 - OEGs beinhaltet Körperliche, keine psych. Gesundheit
 - aktuelle Debatte läuft! - soll berücksichtigt werden

II F Idee def. Broschüre
 Kinder und Jugendliche anschauen
 Land RLP + Entwurf/ADD
 Broschüre Richtlinie

T48 - Schamgest. Kinder lesb. Eltern
 - Mutter, Vater!
 nicht Absicherung für Eltern
 bei / auf Samen, Periode - Besch. (fitt!)
 darüber hinaus
 4 Kacheln

hektoknative Formulare ändern
 (beispiel 1+2 statt 1+1+1+1)
 z.B. Schulwegsuche

Anticorruption
 & Kacheln
 in TLSE
 Geschlechter-
 Wording
 off Toiletten
 -> geschlechtlich neutral
 -> Toiletten nicht weiblich

Arbeitsstättenverordnung = to do's
 Gesundheit (Krankengemeinschaft)

Community empower

Bilanz

SCHLAV: Kooperationsfähigkeit
→ Förderung & Elcoment

dafi
Workshop für päd. Betreuungskräfte in
Schulen C23 → bessere Bekanntheit
durch andere Partner
gewünscht

C28 dafi + Netzwerk des freien RL/P / Abschluss?
↳ Kollaboration nicht marktlich

Trans in Alter und Pflege → geplante
Hochschulplanung → Zusammenhalt ist quer ist bei Kopf pflege
nicht abgegrenzt
↳ Fortbildungen von querschnitt
beruflich trans interdisziplinär

Begriff

Zukunft

C32
Wahl 2024 Leitlinie im Gesundheits
→ Wahl z.B. Handelsregister

Person, die am
anfang
Übersicht über Angebote + Stellen

C5 Vernetzung der Jugendaktivitäten im RL/P Koordinierung, als zentrale
Anlaufstelle fühlt
offizielle → zentrale
nicht "ich bin gut genug"

Erkennung Jugend
Vernetzungsziele für Kinder + Jugendliche
aus Respektvollen Familien

C25 Bezeichnung von Rundfunk - und Forschern: Teilhaber
transdisziplinär

• T29 Grundschulkooper: Schneller!

• BGH - Grundbucheintragungen:
Regelung fehlt beim Handelsregister

• § 45b Namensänderung: noch viel Unsicherheit in Praxisumsetzung
(Rechtsangriff)

Ausbildung
Fortbildungen
verpflichtend!

• Demograph. Wandel macht Thema ^{LSOTIA} ~~saarib.~~ in

Altenpflegeeinrichtungen virulent

↳ Pflegekonferenzen in Kommunen
↳ Besondere Spätlöse
als möglicher Kooperations-
/verbreitungskanal

e FORMULARE...

... Abstammungsgesetz

transid. Personen sollten auch als 2 Mütter
oder 2 Väter in der Geburtsurkunde stehen können

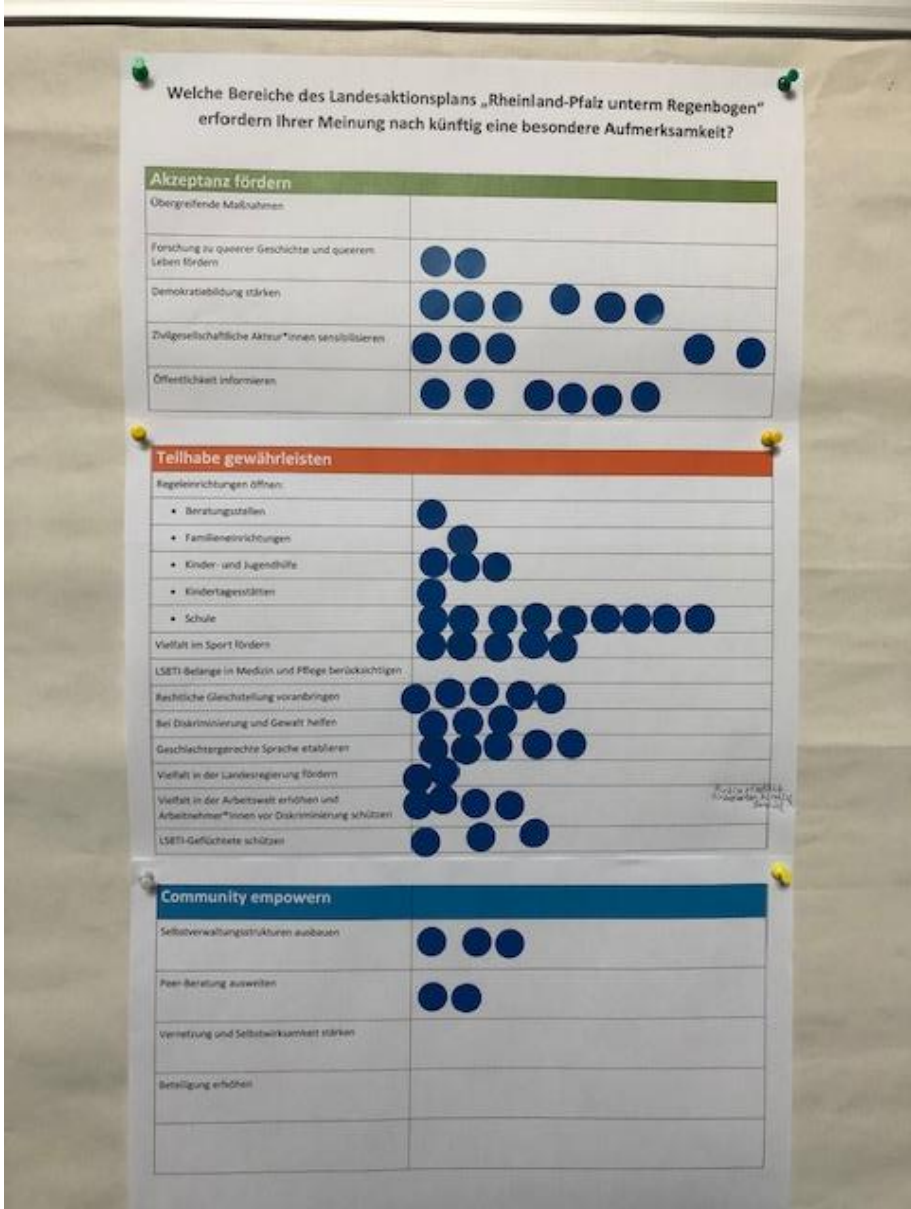
... Broschüre / öffentliche Dokumente / Zeugnisse

↳ sollte thematisieren was die recht. Knackpunkte sind

... Kinderschutzwohl: "Aktenwahrheit" ^{"Geburtsurkunde"} zwingt zu permanentem outing

↳ Lösungsmöglichkeit: Eltern anklicken
für alle + nachträglich zugänglich machen
für Kinder von Trans-Eltern

... (Zweitschrift bei Schutzzeugnissen = "Kainmal" ^{Stempel})
muss weg! Vereinbarung mit ADD
geschlossen!
Beauftragte einfordern



Fotos: © MFFJIV